

Von: [SPD Landesgruppe Ost](#)
An: antwort@rentenpolitikwatch.de
Thema: Antworten auf Ihre E-Mail vom 11. April
Datum: Dienstag, 3. Mai 2016 09:31:01

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei leite ich Ihnen im Namen von Stefan Zierke, MdB seine Antworten auf die von Ihnen gestellten Fragen zu. Bei weiteren Fragen können Sie sich gerne an mich wenden.

Mit besten Grüßen
Frederik Heche

1) Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Teilweise:

Um die Renten auch im demografischen Wandel zu sichern, müssen wir sowohl auf die Stärkung der gesetzlichen Renten setzen als auch auf eine flächendeckende betriebliche Altersvorsorge. Dafür wollen wir einerseits zusätzliche Steuermittel einsetzen, um die gesetzliche Rente zu stabilisieren. Andererseits müssen wir mit den Arbeitgebern und Gewerkschaften am Ausbau der betrieblichen Altersvorsorgen arbeiten. Insbesondere in Ostdeutschland gibt es hier akuten Handlungsbedarf. Geringverdiener und Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen - die in Ostdeutschland weiter verbreitet sind, als im Rest der Bundesrepublik – partizipieren zu selten an der betrieblichen Altersvorsorge

2) Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja:

Altersarmut hat verschiedene Gründe: zeitweise Arbeitslosigkeit, unstete Erwerbsbiografien, Familien- und Pflegezeiten, Teilzeitbeschäftigung und vor allem Niedriglöhne. Wir brauchen daher verschiedene Konzepte, die über reine Rentenpolitik hinausgehen.

Der gesetzliche Mindestlohn war ein erster Schritt, um den Niedriglohnsektor zu verkleinern. Darüber hinaus müssen wir jedoch die Tarifbindung verbessern, da so auch auf Dauer höhere Gehälter und somit auch höhere Renten gesichert werden.

Auch die Vorhaben zur Entgeltgleichheit – sowohl für Frauen als auch für Leiharbeitnehmer – sind wirksame Mittel gegen Altersarmut.

Gleichzeitig werden wir dafür kämpfen, dass die solidarische Lebensleistungsrente schnell umgesetzt wird. Damit werden kleine Rentenanwartschaften durch Steuermittel aufgewertet.

3) Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen

Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja:

Die SPD setzt sich für eine möglichst umfassende Einbeziehung aller Beschäftigten in die sozialen Sicherungssysteme – also auch in die Rentenversicherung – gemäß dem Konzept einer Erwerbstätigenversicherung ein.

Allerdings kann das nur schrittweise gelinge, da etwa das Beamtentum in Deutschland verfassungsrechtlich geschützt ist. Zum anderen hat die gesetzliche Rentenversicherung bislang bestimmte Berufsgruppen nicht einbezogen. In vielen Berufen haben sich daher berufsständische Versorgungswerke gegründet.

Wir setzen darauf, Selbständige in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, die bislang nicht in einem Versorgungswerk pflichtversichert sind. Zugleich gilt es zu bedenken, in welchen Bereichen Beamtenverhältnisse notwendig sind. Hier findet bereits in vielen Ländern ein Umdenken statt.

4) Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der gRV umgeleitet werden?

Ja:

Versicherungsfremde Leistungen und gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind konsequent und vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren. Bestehende Finanzierungslücken – wie etwa bei der Mütterrente – müssen geschlossen werden. So kann auch das Rentenversicherungssystem insgesamt stabilisiert werden. Dennoch bedarf es auch weiterhin einer zweiten kapitalgedeckten Säule der Alterssicherung, für die auch eine Förderung vor allem für Geringverdiener erforderlich ist. Diese sollte stärker auf die betriebliche Altersversorgung ausgerichtet und zielgenauer ausgestaltet werden.

5) Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Teilweise:

Insbesondere die Anpassung der Ost-West-Renten ist mir ein großes Anliegen. Wir haben diese im Koalitionsvertrag vereinbart. Die Zusage muss eingehalten werden.

Rentenpolitische Entscheidungen der Vergangenheit müssen immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Das Problem der Zwangsverrentung von Hartz-IV-Bezieher*innen soll noch in dieser Legislaturperiode entschärft werden. Zwar bleiben die Leistungen des SGB II nachrangig, es darf aber in Zukunft kein Rentenanspruch durch das Jobcenter stattfinden, wenn dadurch der Abschlüsse der Bezug von Altersgrundsicherung droht.

Da sich die Riester-Rente in ihrer jetzigen Form nicht überall gut bewährt hat, brauchen wir neben der Stärkung der gesetzlichen Rente eine grundsätzliche Reform der kapitalgedeckten Alterssicherung. Dabei setzt die SPD vor allem auf eine stärkere Verbreitung der arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersvorsorge – organisiert durch die Sozialpartner und mit einer besseren Förderung von Geringverdienern.

--

Frederik Heche
Referent der Landesgruppe Ost der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender: Stefan Zierke, Mitglied des Deutschen Bundestages

Postanschrift:

Stefan Zierke, MdB
z.H. Frederik Heche
Platz der Republik
11011 Berlin

Telefon: 030/227-72133
Telefax: 030/227-23 72133
Email: ost-lg.spd@bundestag.de